

Jugend und Parlament 2020

Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Sahelien im Rahmen von EUMISA

Die Bundesregierung beantragt beim Bundestag, im Rahmen der EU-Mission EUMISA 500 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten in die westafrikanische Republik Sahelien entsenden zu dürfen.

Der Sahelien-Einsatz

In Sahelien erklärten im Jahr 2011 Rebellengruppen, die nach Geheimdienstinformationen unter anderem von islamistischen Netzwerken Waffen erhalten, die Unabhängigkeit des westlichen Landesteiles. 2012 begann eine sahelisch-französische Militäroperation mit dem Ziel, die Entstehung einer Basis für Terroranschläge auch in Europa zu verhindern. Daneben gibt es seit 2013 einen EU-koordinierten Einsatz zur Ausbildung der sahelischen Armee, an dem die Bundeswehr mit 130 Einsatzkräften mit einem Mandat für sieben Jahre beteiligt ist.

Im Rahmen der internationalen Allianz, die die Terrormiliz IS im Irak und in Syrien zurückdrängen soll, hat die Bundesregierung zugesagt, Frankreich in Sahelien zu entlasten. Die Verteidigungsministerin erbittet daher nun das Mandat dafür, weitere 500 bewaffnete Soldatinnen und Soldaten zur Absicherung der Ausbildungsmision der EU bereitstellen zu können.

Die Lage in Sahelien gilt als labil, die Regierung konnte die Rebellengruppen im Westen bisher nicht wirksam unter Kontrolle bringen. Die Gegend gilt als Rückzugsort international aktiver Terrornetzwerke und als Umschlagplatz für Drogen aus Südamerika. Im Zuge der aktuellen Flüchtlingsdiskussion wird befürchtet, dass sich die Auseinandersetzung ausweitet und dadurch die Migration aus Westafrika nach Europa verstärkt wird.

Die Rechtslage

Die Bundeswehr ist eine ‚Parlamentsarmee‘. Hinter dieser Beschränkung stehen zwei historische Erkenntnisse:

- Ein Parlament, in dem Mehrheiten überzeugt werden müssen, setzt seine Streitkräfte in der Regel zurückhaltender ein als einzelne Politiker.
- Kriege führen zu hohen, oft unkalkulierbaren Kosten. Die Einbindung von Volksvertretern schafft hier eine Kontrolle.

Das Parlamentsbeteiligungsgesetz (ParlBG) vom 18. März 2005 regelt:

§ 3 Antrag

(1) Die Bundesregierung übersendet dem Bundestag den Antrag auf Zustimmung zum Einsatz der Streitkräfte rechtzeitig vor Beginn des Einsatzes.

(2) Der Antrag der Bundesregierung enthält Angaben insbesondere über

- den Einsatzauftrag,
- das Einsatzgebiet,
- die rechtlichen Grundlagen des Einsatzes,
- die Höchstzahl der einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten,
- die Fähigkeiten der einzusetzenden Streitkräfte,
- die geplante Dauer des Einsatzes,
- die voraussichtlichen Kosten und die Finanzierung.

(3) Der Bundestag kann dem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen.

Änderungen des Antrags sind nicht zulässig.

Die Aufgabe des Bundestages

Der Bundestag hat nun darüber zu entscheiden, ob er das gewünschte Mandat erteilt und hat zusätzlich die Möglichkeit, die Bundesregierung durch eine Entschließung zu einer geeigneten politischen Flankierung und Einbettung des Einsatzes anzuhalten. Diese Entschließung kann auch verabschiedet werden, ohne dass der Antrag der Bundesregierung angenommen wird.

Kurzinfo über die Republik Sahelien

Zum Nachschlagen bei Bedarf



Die Republik Sahelien ist ein Binnenstaat in Westafrika. Er wurde 1960 von Frankreich unabhängig. Nach einer langen Einparteiherrschaft gab es 1987 einen Militärputsch. Unter militärischer Führung wurde eine neue Verfassung verabschiedet und ein demokratisches Mehrparteiensystem etabliert.

Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind die Landwirtschaft und in zunehmendem Maße der Bergbau. Zu den wichtigsten Bodenschätzten gehören Salz und Gold. Diese kommen im Wüstenstreifen entlang der Nordgrenze vor, der etwa ein Drittel der Landesfläche ausmacht. Der Rest des Landes besteht aus Feuchtsavanne.

Die Bevölkerung Saheliens lebt etwa zur Hälfte unterhalb der Armutsgrenze. Sie setzt sich aus 20 verschiedenen Ethnien zusammen. Die Mehrheit ist schwarzafrikanischer Herkunft. Im Westen des Landes wohnen mehrheitlich aus Nordafrika stammende Mauren. Als Glaube dominant sind naturreligiöse Praktiken, die Animismus genannt werden, daneben gibt es Katholiken (ca. 20 %) und im Westen sunnitische Muslime (ebenfalls ca. 20%).

Die Bevölkerung Saheliens gehört zu den am schnellsten wachsenden der Welt. Eine Frau bringt durchschnittlich 6,4 Kinder zur Welt. Die Lebenserwartung bei Geburt ist zwischen 1950 und 2010 von 29,7 Jahren auf 52,1 Jahre gestiegen. Beides zusammengenommen führt zu einer dramatisch wachsenden Bevölkerung; das Land befindet sich auf dem Weg in eine soziale, demographische und ökologische Krise. Besonders leidet Sahelien zudem unter weitverbreiteter Korruption.

Das Bildungssystem steht ebenso wie das Gesundheitssystem zahlreichen Problemen gegenüber. Finanznot bedingt schlechte Räumlichkeiten sowie einen Mangel an Unterrichtsmaterialien und an Lehrerinnen und Lehrern (eine Lehrkraft für 76 Schülerinnen und Schüler). Im Westen existieren außerhalb des formellen Bildungssystems Koranschulen, in denen die Kinder ausschließlich in arabischer Sprache und in Koranversen unterrichtet werden.

**Republik
Sahelien**

Amtssprache:
Französisch

Hauptstadt:
Bouroum

Staatsform:
Republik

Staatsoberhaupt:
Oumar Teika

Premierminister:
Boubacar Mata

Fläche:
680.192 km²

**Ost-West-
Ausdehnung:**
680 km

Einwohner:
9,47 Mio

BIP:
6,45 Mrd € (2016)

BIP/Einwohner:
681 €

Währung:
CFA-Franc

Streitkräfte:
4.700 Mann

Unabhängigkeit:
1960 (von
Frankreich)

Antrag der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag auf Erteilung eines Bundeswehrmandats

„Ausweitung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation EUMISA“

Der Bundestag wolle der Bundesregierung das folgende Mandat erteilen:

Die Bundeswehr bildet im Rahmen der „EU Mission Sahelia (EUMISA)“ Offiziere der sahelischen Armee aus und hält die zur Umsetzung des Auftrages erforderlichen Transportkapazitäten vor. Die Begleitung sahelischer Streitkräfte in Einsätze oder eine direkte Unterstützung militärischer Operationen finden unter diesem bereits bestehenden Mandat nicht statt.

In Anbetracht der sich verschärfenden Situation vor Ort und zur Entlastung europäischer Partner ermächtigt der Bundestag die Bundesministerin der Verteidigung, im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Auswärtigen den folgenden weiteren Auftrag zu erteilen, der den bestehenden ergänzen und absichern soll:

- Das Einsatzgebiet umfasst das gesamte Staatsgebiet Saheliens. Sicherungsaufgaben sollen im gesamten Land übernommen werden, nicht nur im Umfeld der Hauptstadt Bouroum, wo die Offiziersausbildung stattfindet.
- Der Einsatz erfolgt auf Grundlage eines Ersuchens der sahelischen Regierung an die EU; die Ausweitung erfolgt nach Vorgabe der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union und ist mit der Regierung in Bouroum abgestimmt.
- Der Umfang der vor Ort befindlichen deutschen Truppen erhöht sich durch den Zusatzauftrag von 130 auf 630 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung (Wie bisher sollen 50 Ausbildungsoffizierinnen und -offiziere sowie 80 Personen zur logistischen Unterstützung beteiligt sein, hinzu kommen 500 Soldatinnen und Soldaten zur Sicherung).
- Eingebunden werden können im Wesentlichen Fachkräfte der Bereiche Führung und Führungsunterstützung, Transport und Logistik, militärisches Nachrichtenwesen sowie Sicherung und Schutz. Zusätzlich können Expertinnen und Experten für Waffenhandel, Geiselnahmen und Lösegelderpressungen beteiligt werden.
- Die Einsatzzeit beginnt in sechs Monaten und dauert, solange die Zustimmung der Regierung der Republik Sahelien, ein entsprechender Beschluss des Rates der EU und die konstitutive Zustimmung des Bundestages vorliegen, längstens jedoch für zwei Jahre.
- Die einsatzbedingten Zusatzausgaben der Bundeswehr werden für die Einsatzdauer 135,75 Mio. Euro betragen.

Entschließung

Aus verfassungsrechtlichen Gründen müssen die Spezifika eines Bundeswehreinsatzes von der Bundesregierung festgelegt und verantwortet werden. Der Bundestag kann daher dem Mandatsantrag nur in der vorgelegten Form zustimmen oder ihn komplett ablehnen.

Um eigene Positionen zu formulieren, die beschreiben, unter welchen Umständen und mit welchen Erwartungen der Bundestag dem Einsatz zustimmt, kann das Instrument einer Entschließung des Bundestages verwendet werden. Eine solche Entschließung wird im federführenden Auswärtigen Ausschuss formuliert.

Experten der beiden Regierungsfraktionen GP und PEV haben als Grundlage für die Beratungen den hier abgedruckten informellen Entwurf vorgelegt.

Der Deutsche Bundestag

1. begrüßt die Absicht der Bundesregierung, den deutschen Beitrag zur gemeinsamen EU-Mission EUMISA auszuweiten;
2. erkennt in den Bemühungen um funktionierende staatliche Strukturen auf dem benachbarten afrikanischen Kontinent auch mit Blick auf die Vermeidung von Terrorakten in Europa ein gemeinsames europäisches Interesse;
3. betont die Verantwortung, die der Europäischen Union angesichts ihrer kolonialen Vergangenheit im Umgang mit Afrika zukommt und das Interesse Europas an einer erfolgreichen Entwicklung Afrikas;
4. legt Wert auf die Feststellung, dass die EU-Mission auf Bitten der demokratisch gewählten Regierung der Republik Sahelien zustande kommt und in der praktischen Durchführung auf enge Kooperation mit der sahelischen Armee ausgerichtet ist;
5. fordert die Bundesregierung auf, unter der Verantwortung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung parallel zu EUMISA und in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Sahelien unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen zu verstärken.



Grundlegende Ansichten der BP

"Bewährtes bewahren" - so lautet das Leitmotiv der Bewährungspartei (BP). Sie möchte den Fortschritt so gestalten, dass wesentliche Ziele wie stabile Familien, gesellschaftlicher Zusammenhalt, dauerhafter Wohlstand, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Chance auf ein erfülltes Leben nicht aus dem Blick geraten.

Die BP betrachtet die Bundeswehr als ein Werkzeug zur Verwirklichung einer internationalen Politik, die auf Verantwortung für die Schöpfung, die Abwehr von Gefahren und die Stärkung politischer und wirtschaftlicher Partnerschaften Deutschlands zielt. Jedes außenpolitische Agieren muss dabei auf die Verbreitung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gerichtet sein und sollte die Entwicklung sozialer Marktwirtschaften begünstigen.

Positionen der BP zum Sahelien-Einsatz

1. Der BP ist es wichtig, dass die Bundesrepublik verlässlich die gemeinsam beschlossene europäische Mission EUMISA mitträgt. Die EU kann nur glaubwürdig international agieren, wenn ihre Mitglieder sich einbringen. Deutschland muss hier mehr leisten als in der Vergangenheit.
2. Mit Blick auf den internationalen Terrorismus muss die Staatengemeinschaft alles unternehmen, damit sich die Gebiete ohne funktionierende staatliche Strukturen nicht ausdehnen und zu einer Operationsplattform internationaler Terrornetzwerke werden können.
3. Die BP hält es für wesentlich, die Bevölkerung in Sahelien und in den Nachbarstaaten vor Angriffen islamistischer Milizen zu schützen, um auf diese Weise eine umfassende Flüchtlingsbewegung von Westafrika nach Europa zu verhindern.
4. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika ist wichtig, weil dem Migrationsdruck über das Mittelmeer wirksam begegnet werden muss. Außerdem bietet der Nachbarkontinent große ökonomische Chancen, die nicht anderen Weltmächten (wie China) überlassen werden sollten.
5. Die Herstellung von Recht und Ordnung sowie die Ausbildung von Sicherheitskräften sind wichtige Bausteine für die erfolgreiche Entwicklung der Republik Sahelien. Darüber hinaus fordert die BP Investitionen in Bildung, Kultur und natürlich auch Maßnahmen zur ökonomischen Entwicklung.

Die Strategie der BP bei diesem Antrag

Als Oppositionspartei ist es der BP wichtig, deutlich ihre Meinung zu zeigen. Zugleich möchte sie aber als Fraktion wahrgenommen werden, die sich sinnvollen Lösungen nicht verweigert. Die BP hält den Sahelien-Einsatz grundsätzlich für wichtig und betont ihre verantwortliche Rolle und Verlässlichkeit, wenn sie die Bundesregierung unterstützt. Es ist aber auch im Interesse der BP, dass die eigenen Anliegen in der Ausschusssenschließung erkennbar werden – hier müssten von den Regierungsfraktionen Zugeständnisse eingefordert werden, die auch der eigenen Wählerschaft gegenüber vorzeigbar sind.

Grundlegende Ansichten der GP

Die Gerechtigkeitspartei (GP) möchte allen Menschen zu ihrem Recht auf ein erfülltes und auskömmliches Leben verhelfen. Sie sieht die Gesellschaft als ein solidarisches System, in dem die Stärkeren auch für die Schwächeren einstehen.

Die internationale Politik der GP dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Sicherheit für alle Menschen setzt Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie und soziale, wirtschaftliche, kulturelle sowie nachhaltige Entwicklung voraus.

Um Frieden in der Welt zu erreichen, gilt es, gemeinsame Interessen, Bündnisse und Organisationen zu stärken. Auf globaler Ebene kann nur über die Europäische Union sinnvoll und effektiv Einfluss genommen und Verantwortung übernommen werden. Die deutsch-französische Freundschaft war, ist und bleibt nicht nur Motor der europäischen Einigung, sie hat und behält auch ihren Eigenwert.

Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit sind nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch Bausteine einer umfassenden Sicherheitspolitik. Ebenfalls unverzichtbar sind funktionierende staatliche Strukturen, die das Gewaltmonopol durchsetzen und demokratisch legitimiert sind. Entsprechend kommt es auf wirksame Hilfe zur Selbsthilfe an.

Keinesfalls dürfen Einflussnahmen jemals Unterdrückungs- oder Assimilierungsprozesse unterstützen.

Positionen der GP zum Sahelien-Einsatz

1. Nachdem das von der BP geführten Vorgängerregierung mit den europäischen Partnern ausgehandelte und im Bundestag beschlossene Mandat lediglich die Ausbildung sahelischer Streitkräfte umfasste und sich als unzureichend erwiesen hat, muss die Bundesregierung nun wirksame Maßnahmen beschließen.
2. Die GP tritt dafür ein, dass die EU über den Militäreinsatz hinaus die sahelische Regierung beim Aufbau eines funktionierenden Staatswesens unterstützt. Denkbar wären die Entsendung von Fachleuten sowie regelmäßige Kontakte auf Regierungs- und Parlamentsebene. Nach Möglichkeit sollte der Bundestag dem deutschen Außenminister für die Verhandlung dieses Anliegens in Brüssel den Rücken stärken.
3. Es muss verhindert werden, dass nicht weit von Europa entfernt unregierbare Regionen entstehen, von denen aus Terrornetzwerke operieren können.
4. In der GP gibt es Bedenken, dass der Einsatz als unangemessene postkoloniale Einmischung verstanden werden könnte. Dem muss durch geeignete Maßnahmen vorgebeugt werden.
5. Die GP unterstützt Aktivitäten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Bereich des Bildungs- und des Gesundheitswesens sowie der Korruptionsbekämpfung.

Die Strategie der GP bei diesem Gesetzentwurf

Soldatinnen und Soldaten in einen Auslandseinsatz zu schicken, bedeutet für den Bundestag die Übernahme einer hohen Verantwortung. Die zu entsendenden Sicherungstruppen werden mit einem hohen Risiko umgehen müssen. Von Verlusten ist auszugehen. Die GP möchte einen breiten Konsens für den Antrag erreichen, um die Verantwortung bei unvorhergesehenen und schwierigen Entwicklungen nicht alleine tragen zu müssen. Dafür ist es wichtig, Bedenken anderer Parteien so gut wie möglich in der Entschließung zu berücksichtigen.

Grundlegende Ansichten der PEV

Die Partei für Engagement und Verantwortung (PEV) sieht ihre Wurzeln in allen Demokratiebewegungen, die seit mehr als zwei Jahrhunderten danach streben, politische Verantwortung in die eigenen Hände zu nehmen. Der Staat soll nach Ansicht der PEV nicht bevormunden, sondern dienen. Er muss die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Vielfalt ernst nehmen und gleiche Rechte für unterschiedliche Menschen sichern. Der Wirtschaft muss er einen verlässlichen Rahmen vorgeben, der eigene Entscheidungen ermöglicht, fördert und belohnt.

Für die PEV sind Menschenrechte und globale Entwicklung daher die Grundpfeiler der Außen- und Sicherheitspolitik. Das Völkerrecht mit der Charta der Vereinten Nationen ist die Handlungsbasis der PEV-Außenpolitik. Die Menschenrechte sind nicht verhandelbar – auch nicht im Anti-Terror-Kampf. Zerfallende staatliche Strukturen, internationaler Terrorismus, Ressourcenknappheit und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind die größten Bedrohungen der kollektiven Sicherheit und erfordern länderübergreifende Zusammenarbeit.

Der Einsatz militärischer Gewalt ist für die PEV nur erwägenswert, wenn alle anderen Mittel keine Aussicht auf Erfolg haben. Als Friedensmacht darf sich Europa nicht an der gewaltsamen Austragung religiöser, ethnischer oder kultureller Konflikte beteiligen.

Positionen der PEV zum Sahelien-Einsatz

1. Die PEV begrüßt die Fortschritte bei der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und sieht in der EUMISA ein gutes Beispiel hierfür.
2. Gerade weil die ehemaligen Kolonialherren Europäer waren, hat die EU eine große Verantwortung für eine erfolgreiche Entwicklung Afrikas hin zu Frieden und Demokratie.
3. Für die PEV ist die demokratische Selbstbestimmung der Republik Sahelien von höchster Bedeutung. Die dortige Regierung in ihrem Bemühen um die Herstellung von Sicherheit zu unterstützen, ist essentiell für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Es spricht viel dafür, dass der Sahelien-Einsatz ohne die nun zu diskutierende Entsendung zusätzlicher Kampftruppen nicht weitergeführt werden könnte.
4. Wesentlich wichtiger als militärische sind in jedem Fall zivile Maßnahmen. Sahelien braucht eine Zukunftsperspektive, auch und gerade im Westen des Landes. Hier sollte der Bundestag die Bundesregierung (konkret den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zur baldigen Vorlage eines Aktionsplans auffordern. Besonders wichtig ist es, das Staatsversagen aufzuarbeiten und dem Land beim Aufbau funktionierender Verwaltungsstrukturen zu helfen.

Die Strategie der PEV bei diesem Gesetzentwurf

Soldatinnen und Soldaten in einen Auslandseinsatz zu schicken, bedeutet für den Bundestag die Übernahme einer hohen Verantwortung. Die nun zu entsendenden Sicherungstruppen werden mit einem hohen Risiko umgehen müssen. Von Verlusten ist auszugehen. Die PEV möchte einen breiten Konsens für den Antrag erreichen, um die Verantwortung bei unvorhergesehenen und schwierigen Entwicklungen nicht alleine tragen zu müssen. Dafür ist es wichtig, Bedenken anderer Parteien so gut wie möglich in der Entschließung zu berücksichtigen.